



Gewerkschaft der Polizei

Schwerin, 12. November 2010

Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

Nr. 13 /2010

Unfallfürsorge endlich auf solide Füße stellen!

- Gespräche zwischen FIM und GdP wurden fortgesetzt -

Anlässlich eines Gespräches zwischen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Finanzministerin, Heike Polzin, forderte am 10. November 2010 der GdP-Landesvorsitzende eine Abkehr von der bisherigen Praxis der Unfallfürsorge.

Silkeit wörtlich: „Es ist nach wie vor keiner Kollegin und keinem Kollegen vermittelbar, dass Polizeivollzugsbeamte, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt werden, auf Kosten der Heilbehandlung sitzen bleiben.“

Bedauerlich ist nach Ansicht der GdP, dass ein Vorschlag des polizeiärztlichen Dienstes, zur Einführung eines Abrechnungsmodells, das sich an den Betriebsunfallkassen orientiert, seit März in irgendwelchen Schubladen des Innenministeriums schmort, statt mit dem Finanzministerium verhandelt zu werden. Finanzministerin Polzin sicherte zu, auch in ihrem Ressort entsprechende Prüfungen vorzunehmen.

Weitere Gesprächsschwerpunkte waren die Vorstellungen der Gewerkschaft der Polizei zur Verlängerung der Altersteilzeit im Polizeivollzugsdienst und arbeitszeitverkürzende Modelle im Tarifbereich, ähnlich dem Tarifvertrag zur sozialen Absicherung.

Silkeit weiter: „Es geht schon seit geraumer Zeit nicht mehr nur darum, für beide Beschäftigtengruppen sozial abgestimmte Modelle zu verhandeln. Es geht inzwischen auch darum, der demographischen Entwicklung in der Landespolizei entgegen zu treten. Beide Modelle bieten die Möglichkeit, zusätzliche junge Menschen für die Landespolizei zu rekrutieren. Das brauchen wir jetzt mehr denn je.“

Finanzministerin Polzin hob hervor, dass es bei allen Vorschlägen der GdP nicht zu zusätzlichen Belastungen des Landeshaushaltes kommen dürfe. Zugleich versprach sie, entsprechende Berechnungen vornehmen zu lassen.

Wir berichten weiter.

Der Landesvorstand